

Anfrage Broch Roland und Mit. über betriebsnotwendige Bauten und Anlagen, die wirtschaftliche Existenzsicherung und die psychische Belastung in der Luzerner Landwirtschaft

eröffnet am 22. Juni 2026

Die Luzerner Landwirtschaft steht seit Jahren unter erheblichem wirtschaftlichem und strukturellem Druck. Steigende Produktionskosten, zunehmende regulatorische Anforderungen sowie unsichere Zukunftsperspektiven erschweren die langfristige Sicherung vieler Familienbetriebe. Gleichzeitig wird die psychische Gesundheit von Landwirtinnen und Landwirten in der Schweiz vermehrt thematisiert. Fachstellen und Landwirtschaftsorganisationen weisen darauf hin, dass wirtschaftliche Sorgen, hohe Arbeitsbelastungen und Existenzängste erhebliche psychosoziale Auswirkungen haben können. Besonders betroffen sind landwirtschaftliche Betriebe, deren langfristige wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit von Investitionen in betriebsnotwendige Bauten und Anlagen abhängen. In der Praxis sehen sich diese Betriebe häufig mit komplexen raumplanungs-, bau- und bewilligungsrechtlichen Vorgaben sowie langwierigen Verfahren konfrontiert. Die damit verbundenen Unsicherheiten, Verzögerungen und finanziellen Belastungen können notwendige betriebliche Weiterentwicklungen erheblich erschweren oder gar verhindern. Dadurch entsteht bei vielen betroffenen Betriebsleitenden der Eindruck, dass notwendige Investitionen zur Sicherung der Existenzgrundlage nur unter unverhältnismässig hohen administrativen und rechtlichen Hürden möglich sind. Dies kann nicht nur die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit eines Betriebes beeinträchtigen, sondern auch die psychische Belastung der betroffenen Familien zusätzlich verstärken. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die bestehenden gesetzlichen und behördlichen Rahmenbedingungen den berechtigten Bedürfnissen einer modernen, wettbewerbsfähigen und nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft ausreichend Rechnung tragen.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat zur psychischen Belastung von Landwirtinnen und Landwirten sowie deren Familienangehörigen im Kanton Luzern vor?
2. Bestehen kantonale Erhebungen, Statistiken oder sonstige Erkenntnisse zu psychischen Erkrankungen, Krisensituationen oder Suiziden im landwirtschaftlichen Umfeld? Falls ja, wie haben sich diese in den vergangenen Jahren entwickelt?
3. Falls keine entsprechenden Daten vorliegen: Ist der Regierungsrat bereit, gemeinsam mit Fachstellen, Landwirtschaftsorganisationen und Gesundheitsinstitutionen die psychosoziale Situation in der Landwirtschaft vertieft zu untersuchen?
4. Welche Unterstützungs- und Beratungsangebote stehen bäuerlichen Familien im Kanton Luzern in wirtschaftlichen, sozialen oder psychischen Krisensituationen zur Verfügung?
5. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat zur wirtschaftlichen Situation und Finanzierungskraft landwirtschaftlicher Betriebe im Kanton Luzern vor, insbesondere im Zusammenhang mit Investitionen und betrieblichen Weiterentwicklungen?

6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkungen der geltenden raumplanungs-, bau- und bewilligungsrechtlichen Vorschriften auf die Investitionsbereitschaft, die wirtschaftliche Entwicklung und die langfristige Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe im Kanton Luzern?
7. Erkennt der Regierungsrat einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Druck, zunehmender Regulierungsdichte, eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten von Landwirtschaftsbetrieben und der psychischen Belastung von Landwirtinnen und Landwirten?
8. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die psychosoziale Unterstützung für bäuerliche Familien weiter zu verbessern?
9. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass wirtschaftliche Unsicherheit, hohe administrative Belastungen sowie langwierige und komplexe Bewilligungsverfahren bei landwirtschaftlichen Betrieben zu einer erhöhten psychischen Belastung der Betriebsleitenden und ihrer Familien beitragen können und in Einzelfällen das Risiko von Erschöpfungszuständen, Burnout-Erkrankungen oder anderen psychischen Beeinträchtigungen erhöhen? Falls ja, welche präventiven Massnahmen erachtet der Regierungsrat als geeignet, um solchen Entwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken?

Broch Roland

Schnider Hella, Schärli Stephan, Oehen Thomas, Jung Gerda, Piani Carlo, Schnider-Schnider Gabriela, Kurmann Michael, Küttel Beatrix, Keller-Bucher Agnes, Krummenacher-Feer Marlis, Frey-Ruckli Melissa, Brunner Rosmarie, Nussbaum Adrian, Stadelmann Karin Andrea, Graber Eliane, Gasser Daniel, Galliker Christian, Dober Karin, Boog Luca, Bolliger Roman